



FDP Kreisverband Teltow-Fläming

Der Vorsitzende



FDP Kreisverband Teltow-Fläming
Klaus Rocher
Kurze Straße 1, 15834 Rangsdorf

klaus.rocher@fdp-teltowflaeming.de

11. August 2014

Pressemitteilung

Martina Borgwardt, Manuel Hurtig und Klaus Rocher, die 3 FDP-Direktkandidaten der FDP in Teltow Fläming meinen, dass die aktuelle Politik der CDU/SPD Koalition in Berlin und der SPD /Linke Koalition in Potsdam bei den erneuerbaren Energien, besonders bei der Windenergie, die Interessen der Mehrzahl der Bürger im Landkreis missachtet.

Die Kosten der erneuerbaren Energien bezahlen besonders die Stromzahler im Osten Deutschlands, damit auch in unserem Landkreis. Obwohl die Förderung der erneuerbaren Energien ein Anliegen der gesamten Bundesrepublik ist, werden die Lasten einseitig den Stromkunden dort aufgebürdet, wo viel erneuerbare Energie produziert wird.

Die Lasten der „Verspargelung“ der Landschaft, oft bis nahe an den Wohnhäusern, tragen auch die Bürger im Landkreis. Die Entscheidung, wo z.B. Windkraftanlagen gebaut werden, dürfen aber nicht vor Ort getroffen werden. Dies regeln Privilegierungen im Bundesbaugesetzbuch und in der Brandenburger Landesplanung. Wir wollen, dass die Bürger im Umkreis von 5 km um eine Windkraftanlage vor den Bau befragt werden und die Entscheidung vor Ort gefällt wird.

Die Steuereinnahmen aus den Anlagen der erneuerbaren Energien fließen in der Regel nicht in dem Ort, wo der Strom erzeugt und die Landschaft beeinträchtigt wird. Die Steuern aus den Gewinnen fließen dorthin, wo das jeweilige Unternehmen seinen Sitz hat oder der Eigentümer wohnt. Wir wollen, dass 2 % des Wertes der jeweiligen Anlage als Steuer an den Ort zu zahlen ist, in dem die Anlage steht. So könnte auch eine Akzeptanz für die Anlagen vor Ort entstehen.

Wie für jede andere Anlage, die auf eine Infrastrukturtrasse angewiesen ist, kann nur Leistung auch vergütet werden. Wenn kein Strom wegen zu geringer Leitungskapazität abgeführt werden kann, die Anlagen deshalb abgeschaltet werden müssen, darf es auch keine Vergütung durch die Stromkunden geben. Ansonsten müssten bei Gleichbehandlung den Speditionen z.B. auch die Standzeiten wegen unzureichendem Straßenausbau bezahlt werden.

Klaus Rocher erklärt: „Als Bürgermeister einer Gemeinde über 10.000 Einwohnern, in der wegen den geplanten Notabflurouten des BER keine Windkraftanlage stehen wird, muss ich in der Planungsgemeinschaft Havelland Fläming bestimmen, ob z.B. in Dahme mehr Windkraftanlagen gebaut werden. Echt entscheiden kann ich aber nicht, weil die durch das Land Brandenburg gesetzten Rahmenbedingungen schon fast alles regeln. Der Bürgermeister aus Dahme ist aber durch Landesgesetz nicht einmal Mitglied in der Versammlung der Planungsgemeinschaft. Viel besser wäre es, wenn die Betroffenen vor Ort auch Entscheidungen treffen könnten. Derzeit müsste die Landesregierung wegen ihrer Politik wohl Angst vor solchen Entscheidungen haben.“